



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-9698 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telefax 61 3221155
Telefax (0222) 73 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5901/61-4/89

4508 IAB

1990 -01- 18

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Dr. Schwimmer und Genossen vom 30.11.1989,
Zl. 4630/J-NR/89 betreffend Verbesserung der
unhaltbaren Situation im 2. Wiener Gemeinde-
bezirk in der Gegend Mexikoplatz und Umgebung

zu 4630 IJ

Ihre Fragen

"Welche Maßnahmen wurden seitens des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr grundsätzlich an der Grenze gesetzt, um die Einreise nicht betriebs- und verkehrssicherer Kraftfahrzeuge nach Österreich zu verhindern?"

"Werden Sie in Ausübung Ihres diesbezüglichen Weisungsrechtes an den in Betracht kommenden Grenzen verstärkt Sicherheitsüberprüfungen von Kraftfahrzeugen einschließlich einer lückenlosen Augenscheinprüfung offensichtlicher Mängel der Verkehrs- und Betriebssicherheit veranlassen?"

"Welche technischen Vorkehrungen werden Sie treffen, damit an den in Frage kommenden Grenzen diese Kontrollen in ausreichender Weise durchgeführt werden können?"

"Ab wann ist an den in Frage kommenden Grenzübergängen mit einer ausreichenden Überprüfung der Betriebs- und Verkehrssicherheit ausländischer PKWs zu rechnen?"

darf ich wie folgt beantworten:

Die angesprochene Problematik ist mir bekannt, und war auch schon mehrfach Gegenstand von Bemühungen um Mißstände zu beseitigen.

- 2 -

§ 82 Abs. 7 KFG 1967 bietet eine gesetzliche Handhabe dafür, das Einbringen von Fahrzeugen mit ausländischem Kennzeichen, bei deren Verwendung im Inland die Verkehrssicherheit gefährdet wird, zu verhindern. Es gibt jedoch zu wenig effektive Kontrollen an den Grenzen.

Die kraftfahrrechtliche Grenzkontrolle wird derzeit deshalb nur bedingt durchgeführt, da an den Straßenübergängen üblicherweise keine Sicherheitsorgane mehr Dienst versehen. Die von den Sicherheitsorganen zu versehenden Aufgaben der Grenzüberwachung und der Grenzkontrolle wurden durch das "Übertragungsgesetz", BGBl.Nr. 220/1967, auf die Bediensteten der Zollämter und der Zollwache übertragen. Diese Agenden werden daher von den Zollorganen wahrgenommen. Mangels entsprechender Übertragung der Kraftfahrrechtsagenden können diese aber von der Zollwache nicht wirksam vollzogen werden.

Es wurde daher schon vor einiger Zeit von meinem Haus ein Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend die Übertragung der durch Sicherheitsorgane zu versehenden kraftfahrrechtlichen Grenzkontrolle auf Bedienstete der Zollämter und der Zollwache ausgearbeitet.

Eine Verwirklichung scheiterte aber am Einspruch des Bundesministers für Finanzen, der auch in zahlreichen Verhandlungen und Briefen eine Mehrbelastung für die Zollbehörden stets abgelehnt hat.

Im Hinblick auf diese Situation kommt daher gegenwärtig nur eine zweite Variante, nämlich die Kontrolle durch Bundesgendarmerie und -polizei in Betracht. Eine dem gestiegenen Verkehrsaufkommen entsprechende intensivere Kontrolle wäre aber auch hier mit einer Personalaufstockung und somit zusätzlichen Kosten verbunden, was wiederum den Intentionen der Bundesregierung auf Personal- und Kosteneinsparung entgegenwirken würde. Ich beabsichtige aber, in dieser

- 3 -

Angelegenheit angesichts der besonderen Entwicklung der Situation noch Verhandlungen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen und dem Herrn Bundesminister für Inneres zu führen.

Wien, am 14. Jänner 1990

Der Bundesminister

